

In der gegenwärtigen deutschen Situation hat die Frage, ob der Christ sich an der Parteipolitik beteiligen darf, ein doppeltes Gesicht. Neben der grundsätzlichen Frage steht die besondere, ob es zu vertreten und zu unterstützen ist, daß sich eine eigene Partei bildet, die sich ausdrücklich als christlich bezeichnet und in erster Linie Christen zu vereinigen versucht.

I.

Kann, darf oder muß der Christ sich überhaupt an der Parteipolitik beteiligen? Kann er es tun? Oder gibt er damit gerade die besondere christliche Haltung auf, die Haltung der Liebe, die für alle gleichmäßig offen ist? Ist das Parteiergreifen und damit die Beteiligung an dem Machtkampf zwischen Teilkraften des sozialen Ganzen ein Widerspruch zur christlichen Botschaft und zum christlichen Leben? Die Antwort hängt davon ab, wie man die Stellung des Christen in der Welt überhaupt beurteilt. Wer grundsätzlich leugnet, daß Parteipolitik mit christlicher Lebensführung vereinbar ist, der leugnet die Möglichkeit eines christlichen Wirkens im öffentlichen Leben überhaupt. Entweder tut er das aus Furcht, in die gemeinsame Schuld verstrickt zu werden. Dann kann man ihm nur antworten, was ich vor Jahren in einer guten katholischen Predigt hörte: „Diese Auffassung von Christentum entartet zu einer Seelenheilsversicherung. Sie sucht sich selber und wird sich verlieren. Es kommt nicht auf das Heil der Seele an, sondern auf die Ehre Gottes und damit auf das Heil der Welt. Und wer dies sucht, dem wird „solches alles“ zufallen, und dazu gehört auch das Heil der Seele.“ Oder aber es steckt hinter dieser Haltung jene pessimistische Auffassung der Welt, wonach die Macht an sich böse sei, wie Jakob Burckhardt sagt. Wer so denkt, wer keine Hoffnung sieht, in der Gestaltung des menschlichen Gemeinschaftslebens etwas Gutes auch durchzusetzen, zeigt damit, daß er nicht an die Erlösung glaubt, daß er keine Zuversicht dazu hat, daß der Heilige Geist die Seinen auch im Leben des Alltags führen und behüten kann, daß auch die Schöpfung auf das Wirken des Heiligen Geistes hingeordnet und ihm und den Menschen guten Willens zugänglich ist. Das heißt aber, ihm fehlt eine entscheidende Erfahrung des christlichen Glaubens. Also: Der Christ kann sich an der Parteipolitik beteiligen, ohne deswegen sein Christentum zu verleugnen.

Aber darf er es deswegen auch? Es könnte doch sein, daß in der Parteipolitik ein derartiges Maß an Kampf, an Ablehnung der anderen Parteien verlangt wird, wie es mit der Liebe nicht mehr zu vereinbaren ist. Grundsätzlich gilt dabei die Antwort auf die erste Frage: Die Welt ist hingeordnet auf Gott, es ist möglich, in ihr das Gute nicht nur zu wollen, sondern mit Gottes Hilfe in gläubiger Hingabe auch zu tun und durchzusetzen. Die Frage kann aber sehr ernst werden, wenn man mit ihr an die Teilnahme der Christen in einzelnen Parteien herangeht. Es gibt Parteien, die sich im Haß gegen andere Parteien oder gegen bestimmte Bevölkerungsschichten zusammengeschlossen haben, oder sogar im Haß gegen das Christentum. Hier ist es eine durchaus offene Frage, ob die Beteiligung von Christen dazu helfen kann, die Grundhaltung dieser Parteien zu wandeln, oder ob nicht umgekehrt die Teilnahme von Christen nur dazu mißbraucht wird, die Einstellung dieser Parteien zu verschletern. Für die nationalsozialistische Partei war die Frage eindeutig: Sie war aus dem Haß entstanden und lebte davon, und Christen hätten niemals in ihr mitarbeiten dürfen. Für die gegenwärtige kommunistische Partei ist die Frage sehr offen zu stellen. Jedenfalls dürfen Christen sich ihr nur anschließen, wenn sie vorher bei den maßgebenden Stellen ihres Wirkungsbereiches in der Partei offen ihre Sorgen angemeldet haben.

Muß der Christ in eine Partei eintreten? Da gilt die Antwort, die Platon schon in seiner „Republik“ gegeben hat: Wer sich der Gefahr nicht aussetzen will, seine Zeit und seine Kraft und auch sein Seelenheil im Kampf um die politische Macht aufs Spiel zu setzen, der läuft die andere Gefahr, daß er sich der Herrschaft der Schlechten ausliefert. Gibt es in einem Staate die Möglichkeit, auf anderen Wegen als über die Parteien am politischen Leben teilzunehmen, auf das politische Geschehen Einfluß auszuüben, gibt es also so etwas wie eine objektive Staatsmacht, dann mag die Frage offen bleiben. Gibt es das nicht, haben wir eine vollständige Demokratie, daß der einzige Weg zum Einfluß auf das öffentliche Leben über die Parteien geht, dann gibt es allerdings auch für den Christen kaum eine Ausrede, sich vom Mitwirken an den Parteien auszuschließen. Nur für den Geistlichen selbst kann es - muß es aber nicht - gelten, daß er bewußt auf die Ausübung seiner politischen Rechte verzichtet, um allen Gliedern seiner Gemeinde als Seelsorger glaubhaft zu sein. Wenn zwei Bedingungen erfüllt sind, die in einem normalen Kirchen- und Staatsleben erfüllt sein sollten, wenn nämlich an sich schon Vertrauen zur Kirche besteht, und wenn die Parteigegensätze sich von Gehässigkeit freihalten, besteht nicht einmal ein Anlaß, daß der Geistliche sich aus dem Parteileben ausschließt.

1948  
Erangel.  
Jahresbriefe

ist